

# Ein Erlassjahr zur Bekämpfung der Gesundheits- und Wirtschaftskrise durch COVID-19

## 1. Die Forderung

Angesichts der dramatischen gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 auf hunderte Millionen Menschen in Ländern des Globalen Südens, fordern wir, die unterzeichnenden Organisationen, eindringlich:

- die Streichung aller im Jahr 2020 fälligen Schuldendienstzahlungen an das Ausland.
- die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Nothilfe in Form von Zuschüssen.

Alle Zinsen, Tilgungen und Gebühren auf öffentliche Auslandsverbindlichkeiten, die im Jahr 2020 fällig werden, sollen dauerhaft gestrichen und nicht in die Zukunft verschoben werden. Ausstehende Schuldendienstzahlungen zu streichen ist der schnellste Weg, finanzielle Mittel, die bereits im Land sind, zur Bekämpfung der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen, die durch die globale COVID-19-Pandemie entstehen, zu mobilisieren.

## 2. Umsetzung von Schuldendienststreichungen

Kreditnehmende Länder können Schuldendienstzahlungen einfach auszusetzen, aber sie sollen dafür keine Sanktionen fürchten müssen. Alle Kreditgeber sollen daher zustimmen, alle Schuldendienstzahlungen, die 2020 fällig werden, umgehend zu streichen, ohne weitere Verzinsung, sonstige Kosten oder Strafen.

Solange es noch keine Vereinbarung über eine umfassende, multilateral vereinbarte Schuldenstreichung gibt, sollten Kreditgeber Folgendes tun:

- Multilaterale Institutionen, inklusive des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, sollten eine sofortige Streichung aller Tilgungen, Zinsen und sonstigen Forderungen für den Rest des Jahres 2020 anbieten, und zwar allen Ländern, die dies benötigen, insbesondere den ärmsten Ländern, die sich für Kredite aus dem Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) oder der International Development Association (IDA) qualifizieren.
- Der IWF und die Weltbank sollten jedes Land, welches Zahlungen auf multilaterale und/oder bilaterale Verbindlichkeiten einstellt, ermutigen, auch Zahlungen an private Gläubiger einzustellen. Jede neue Finanzierung des IWF oder der Weltbank sollte in Form von Zuschüssen und nicht von Krediten gewährt werden. Da, wo die Schuldentragfähigkeit nicht gesichert ist, sollen andere Kreditgeber zu einer Streckung der Zahlungsfristen verpflichtet werden, da wo die Schulden eindeutig nicht tragfähig sind, sollen die Schulden reduziert werden.<sup>1</sup> Dies soll sicherstellen, dass freiwerdende Mittel

---

<sup>1</sup> Wenn die Verschuldung eines Landes nicht tragfähig ist, muss nach IWF-Richtlinien eine Schuldenrestrukturierung oder eine Zahlungseinstellung während des Kreditprogramms umgesetzt werden. Eine Restrukturierung (*restructuring*) ist eine Änderung in den Kreditbedingungen, die den

für öffentliche Maßnahmen im Kampf gegen die COVID-19-Krise eingesetzt werden und nicht dazu, andere Kreditgeber auszuzahlen.

- Kreditgebende Länder, sowohl aus dem Pariser Club als auch andere wie China, Saudi Arabien und Kuwait sollten sofort alle Tilgungen, Zinsen und sonstigen Forderungen für den Rest des Jahres 2020 streichen, und zwar für alle Länder, die dies benötigen, am dringendsten für die ärmsten Länder. Im Idealfall sollte eine Schuldentilgung zwischen Kreditgebern koordiniert, davon jedoch nicht abhängig gemacht und dadurch verzögert werden.
- Die G20 sollten Länder bei Maßnahmen zur Einstellung von Schuldendienstzahlungen an private Kreditgeber unterstützen.
- Wichtige Gerichtsstände, vor allem Großbritannien und New York, sollten Gesetze erlassen, die verhindern, dass Kreditgeber Regierungen verklagen können, wenn diese den Schuldendienst im Jahr 2020 einstellen.
- Schuldendienststreichungen und zusätzliche Finanzierungen sollten ohne wirtschaftspolitische Bedingungen wie Privatisierung, Deregulierung und Handelsliberalisierung gewährt werden. Die Krise wurde durch externe Schocks verursacht, die außerhalb der Kontrolle von Regierungen im Globalen Süden lagen.
- Schuldendienststreichungen und zusätzliche Finanzierungen sollten so gestaltet werden, dass sie öffentlichen Ausgaben zugute kommen, die die Rechte und Bedürfnisse der Bevölkerung schützen. Sie sollen vor allem Ausgaben für die soziale Sicherung und Gesundheit im Umgang mit COVID-19 aufrecht erhalten und erhöhen. Es soll sichergestellt werden, dass die Mittel unmittelbar Bedürftigen zugute kommen.

### 3. Die Schuldenkrise lösen

Viele Länder waren bereits vor der COVID-19-Pandemie in einer Schuldenkrise. Viele weitere werden aus der aktuellen Krise mit höheren, nicht mehr tragfähigen Schulden herauskommen. Die umgehende Streichung von Schuldendienstzahlungen sollte daher an eine umfassendere und langfristige Lösung der Schuldenkrise geknüpft sein. Um sicherzustellen, dass Schuldenrestrukturierungen effizient, gerecht und erfolgreich sind, fordern wir:

- Die Schaffung eines umfassenden und verbindlichen Staateninsolvenzverfahrens bei den Vereinten Nationen.<sup>2</sup>
- Vom IWF die Einführung klarer Richtlinien dazu, wann eine Schuld untragbar ist, außerdem die Einhaltung seiner eigenen Regel, dass Rettungskredite nur

---

Betrag, den ein Kreditgeber zurück erhält, verringert. Falls die Schuldentragfähigkeit nicht gesichert ist, soll eine sogenannte Neuprofilierung (*reprofiling*), eine Überprüfung, stattfinden. Durch diese Neuprofilierung werden Fälligkeiten in die Zukunft verschoben, so dass verhindert wird, dass Kreditgeber durch IWF-Kredite ausbezahlt werden.

<sup>2</sup> Siehe Eurodad: „We can work it out: 10 civil society principles for sovereign debt resolution“, <https://eurodad.org/Entries/view/1547087/2019/09/17/We-can-work-it-out-10-civil-society-principles-for-sovereign-debt-resolution>.

an Länder mit untragbaren Schulden gehen können, wenn eine Schuldenrestrukturierung vereinbart wurde.<sup>3</sup>

Der Prozess zur Umsetzung solcher Reformen muss vor Ende des Jahres 2020 beginnen.

#### **4. Die Auswirkungen von COVID-19**

Die COVID-19-Krise hat im Globalen Süden zu fallenden Rohstoffpreisen und steigenden Kreditkosten geführt.<sup>4</sup> Die Pandemie ist zudem verantwortlich für den bislang größten Kapitalabfluss aus Entwicklungsländern aller Zeiten.<sup>5</sup> Infolgedessen werden Staatseinnahmen zurückgehen, der Schuldendienst wird steigen – und das in einer Situation, in der Länder Gesundheitsdienste und soziale Sicherungsleistungen im Zuge der Krise ausweiten müssen. Entwicklungsländer waren bereits vor dem Ausbruch von COVID-19 erhöhten Krisenrisiken und steigenden Schuldendiensten ausgesetzt.<sup>6</sup> Das Ausmaß der öffentlichen Gesundheitskrise und die Notwendigkeit für schnelle politische Antworten bedeuten, dass öffentliche Ressourcen zwingend für die Bedürfnisse der Bevölkerungen eingesetzt werden müssen und nicht zur Kreditrückzahlung an Gläubiger. Die Ausbrüche von COVID-19 zeigen, dass Zeit ein entscheidender Faktor ist. Regierungen müssen die Mittel für entschiedene Maßnahmen schnellstmöglich verfügbar haben. Jede Verzögerung wird es schwieriger machen, die Pandemie unter Kontrolle zu bringen und den Umgang mit dem wirtschaftlichen Schaden teurer machen, insbesondere für Schuldnerländer.

Wir schätzen, dass die Streichung von Schuldendienstzahlungen, die 2020 fällig werden, bei 69 Ländern<sup>7</sup>, die der IWF als Länder mit niedrigem Einkommen klassifiziert und für die ausreichende Daten verfügbar sind, 19,5 Milliarden US-Dollar von bilateralen und multilateralen Gläubigern sowie 6 Milliarden US-Dollar von privaten Gläubigern frei macht. Falls die Streichung auf 2021 ausgeweitet würde, würden weitere 18,7 Milliarden US-Dollar an multilateralen und bilateralen Zahlungen sowie 6,2 Milliarden US-Dollar an Zahlungen an private Kreditgeber eingespart.<sup>8</sup>

---

<sup>3</sup> Siehe [https://jubileedebt.org.uk/wp-content/uploads/2019/10/IMF-policy-on-debt-restructurings\\_English\\_10.19-1.pdf](https://jubileedebt.org.uk/wp-content/uploads/2019/10/IMF-policy-on-debt-restructurings_English_10.19-1.pdf).

<sup>4</sup> Siehe <https://jubileedebt.org.uk/uncategorized/coronavirus-worsens-debt-crisis-in-poor-countries>.

<sup>5</sup> Siehe <https://www.theguardian.com/world/2020/mar/23/g20-finance-ministers-talks-hampered-by-us-china-posturing-coronavirus>.

<sup>6</sup> Siehe <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2019/12/19/debt-surge-in-emerging-and-developing-economies-is-largest-fastest-in-50-years>.

<sup>7</sup> Dies sind nicht alle Länder, die eine Aussetzung des Schuldendienstes benötigen. Nach Definition des IWF sind Länder mit niedrigem Einkommen 59 Länder, die Zugang zu konzessionären Finanzierungen der internationalen Finanzinstitutionen haben, 13 Kleinstaaten mit mittlerem Einkommen und vier Länder, die seit 2010 nicht mehr ausschließlich konzessionäre Finanzierungen erhalten.

<sup>8</sup> Siehe Studie von Eurodad: [https://eurodad.org/debt\\_moratorium](https://eurodad.org/debt_moratorium).

## 5. Unterstützung für die Schuldenerlass-Aktion

Afrikanische Finanzminister\*innen haben die Einstellung aller Zinszahlungen sowie aller fälligen Tilgungen und Zinsen von fragilen Staaten im Jahr 2020 gefordert.<sup>9</sup> Der IWF und die Weltbank haben die Einstellung aller öffentlichen bilateralen Schuldendienstzahlungen der ärmsten Länder gefordert.<sup>10</sup> Der UN-Generalsekretär hat zu Schuldenrestrukturierungen aufgerufen, sowie zum Verzicht auf Zinszahlungen.<sup>11</sup> Der Premierminister Pakistans, Imran Khan, hat einen Schuldenerlass für sein Land sowie andere betroffene Länder gefordert.<sup>12</sup> Ecuadors Kongress hat die ecuadorianische Regierung dazu aufgerufen, Schuldendienstzahlungen auszusetzen.<sup>13</sup> Anfang März geriet der Libanon in Zahlungsverzug auf private Auslandskredite und kündigte an, Zahlungen auf alle Staatsanleihen in ausländischer Währung auszusetzen.<sup>14</sup> Der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed Ali forderte eine umfassende Schuldenstreichung für arme Länder und schlug vor, dass alle übrigen Verbindlichkeiten in Kredite umgewandelt werden sollen, die eine tilgungsfreie Zeit von 10 Jahren haben, und dass die Höhe der Schuldendienstzahlungen auf 10 Prozent der Exporteinnahmen begrenzt wird.<sup>15</sup>

---

<sup>9</sup> Siehe <https://www.uneca.org/stories/african-finance-ministers-call-coordinated-covid-19-response-mitigate-adverse-impact>.

<sup>10</sup> Siehe <https://www.ft.com/content/6eca167c-6ec0-11ea-9bca-bf503995cd6f>

<sup>11</sup> Siehe <https://www.un.org/sg/en/content/sg/note-correspondents/2020-03-24/note-correspondents-letter-the-secretary-general-g-20-members>.

<sup>12</sup> Siehe <https://www.brecorder.com/2020/03/17/580790/pm-wants-world-to-consider-writing-off-pakistans-debt-to-help-cope-with-coronavirus/>.

<sup>13</sup> Siehe <https://www.bloomberg.com/news/articles/2020-03-23/ecuador-bonds-sink-as-congress-suggests-suspending-debt-payments>.

<sup>14</sup> <https://www.nytimes.com/aponline/2020/03/23/world/middleeast/ap-ml-lebanon.html>

<sup>15</sup> <https://twitter.com/AbiyAhmedAli/status/1242378606543855616/photo/2>